

9. Mehr Flexibilität bei den Klassengrössen

Postulat Monika Wicki (SP, Zürich), Christa Stünzi (GLP, Horgen), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) vom 29. August 2022

KR-Nr. 294/2022, RRB-Nr. 1399/ 26. Oktober 2022 (Stellungnahme)

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Monika Wicki (SP, Zürich): Wir bitten die Bildungsdirektion mit einem Postulat, die Volksschulverordnung derart anzupassen, dass die Gemeinden mehr Flexibilität bei den Klassengrössen erhalten, denn sie sollen einfacher vor Ort entscheiden können, wie sie die Lehrpersonen einsetzen. Denn, und das ist meine Message heute, in den Gesetzen und Verordnungen der Volksschule ist vieles veraltet und daher zu detailliert geregelt, beispielsweise eben die Klassengrössen. Auf Kindergartenstufe heisst es, «weist eine Klasse mehr als 14 Schülerinnen und Schüler auf, findet der Nachmittagsunterricht in Halbklassen statt». Auf der Primarstufe werden die Schülerinnen und Schüler wie folgt in Halbklassen oder im Teamteaching unterrichtet: In der 1. und 2. Klasse während zehn Lektionen, in der 3. Klasse während acht Lektionen, in der 4. und 5. Klasse während je fünf Lektionen und in der 6. Klasse während vier Lektionen. Paragraf 21 der Volksschulverordnung beschreibt, in der Regel dürfen folgende Klassengrössen nicht überschritten werden: auf der Kindergartenstufe 21 Schülerinnen, auf der Primarstufe 25, in einklassigen Klassen 21, in mehrklassigen Klassen auf der Sekundarstufe 25 in der Abteilung A, 23 in der Abteilung B und 18 in der Abteilung C. Dies sind nur einige der vielen Artikel, die den Schulen die Flexibilität bei den Klassengrössen einschränken. Paragraf 22 ermöglicht es Schulbehörden zwar, wenn die Schülerzahlen gemäss Paragraf 21 voraussichtlich während längerer Zeit und mehr als drei Schülerinnen und Schüler überschritten werden, zusätzliche Lektionen für Halbklassenunterricht oder Teamteaching einzurichten oder die Klasse zu teilen. Dies ist aber die Ausnahme und nicht die Regel. Wir bitten den Regierungsrat also, einen Bericht darüber zu verfassen, wie mehr Flexibilität bei den Klassengrössen erreicht werden kann.

Ausgangspunkt des Postulates ist die veränderte Gesellschaft. Sie ist heterogener geworden in ihren Werten und in ihren Kulturen, in den Lernvoraussetzungen für die Kinder, bevor sie in die Schule eintreten, und das nicht einfach wegen der Zuwanderung, sondern unter anderem auch, weil die Schere zwischen Personen mit niedrigem und hohem Einkommen auseinandergeht. Wir leben zudem in einer globalisierten Welt.

Ausgangspunkt für dieses Postulat ist aber auch die Qualität unserer Schule. Die Fachstelle für Schulevaluation attestiert den Schulen im Kanton Zürich seit Jahren eine hohe Qualität. Die Qualitätsbereiche Unterrichtsgestaltung Schulgemeinschaft, Zusammenarbeit mit Eltern, Schulführung, individuelle Förderung und Zusammenarbeit im Schulteam weisen seit Jahren hohe bis sehr hohe Werte auf,

und im letzten Jahr legten sogar die Qualitätsbereiche Beurteilungspraxis und Digitalisierung zu. Wo hapert's? Vor allem bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung geht es kaum vorwärts, und dies hat auch mit den fehlenden Möglichkeiten einer flexibleren Unterrichtsgestaltung zu tun.

Ausgangspunkt des Postulates ist auch eine aktuelle Studie aus dem Kanton Sankt Gallen, die zeigt, wie wichtig eine gut geplante Durchmischung der Klassen ist, um die Lernerfolge für alle Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Schulen flexibler in der Gestaltung der Klassengrößen sein können.

Nicht zuletzt möchte ich betonen, Ausgangspunkt für die SP ist nach wie vor das Wissen, dass in kleinen Klassen mit einem guten Unterricht und Teamteaching die Schülerinnen und Schüler am meisten lernen, aber wir haben kein Teamteaching, sondern im Gegenteil, einen Lehrpersonenmangel. Und wir haben im Moment auch nicht die Möglichkeit und nicht die Mehrheiten hier im Rat, um die Finanzen für die Schule so zu stärken, dass eben ein Teamteaching auch nur in den Hauptfächern bei der jetzigen Klassengröße möglich wäre. Was also tun, wenn man die Ressourcen nicht hat? Wir schlagen vor, sich an Erfolgsmodellen der Praxis zu orientieren und mehr Flexibilität in den einzelnen Schulen zu ermöglichen, denn es geht im Umgang mit Heterogenität ja nicht nur darum, kleinere Klassen zu haben, sondern vielmehr darum, dass mehrere Lehrpersonen gemeinsam eine Klasse unterrichten können. So könnte ich mir beispielsweise auch Klassen von 30 Schülerinnen und Schülern vorstellen, die wirklich zwei Lehrpersonen haben oder solche von 40 in denen drei oder mehr Lehrpersonen arbeiten. Auch ist die Idee einer Klasse, einer Jahrgangsklasse, nicht einfach in Stein gemeißelt. Wir haben bereits heute in einigen Gemeinden auf der Oberstufe Niveauunterricht in einigen Fächern oder dann auch altersdurchmisches Lernen auf allen Stufen. Wir können in Jahrgängen, Zyklen oder kleinen, flexiblen Gruppen arbeiten, in Lernateliers oder auch Cluster-Klassen und vieles mehr. Kurz gesagt, es gibt viele Möglichkeiten, wie Schule gehalten werden kann, und für viele Modelle sind auch genug Lehrpersonen, heilpädagogische Fachpersonen und andere Leute bereits heute an der Schule tätig.

Wir haben viele gute und engagierte Lehrpersonen und Schulleitungen, die gerne etwas Sinnvolles umsetzen möchten, aber sie scheitern immer wieder an den veralteten Vorschriften. Wir können das Rad nicht einfach zurückdrehen und beispielsweise Förderklassen fordern, die einerseits den Spielraum der Gemeinden und Schulen weiter einschränken und die notabene schon heute möglich sind. Wir können nicht einfach das Alte wieder hervorholen und denken, alles werde besser. Wir müssen unsere Schule von heute fit machen für die Zukunft und Möglichkeiten eröffnen, sich pädagogisch und organisatorisch weiterzuentwickeln. In diesem Sinne danke ich für die Unterstützung.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Es ist in der Tat so, dass die Schülerinnen und Schüler heute heterogener unterwegs sind als vor 20 Jahren. Dies ist eine Heraus-

forderung für Lehrpersonen und Schulleitungen. Die Flexibilisierung der Klassengrößen wäre sinnvoll, wenn nicht immer die Ungleichheit und Intransparenz zu Hilfe gezogen würden.

Im Jahre 2014 ist eine Volksabstimmung mit dem Namen «Klassengrößen-Initiative» und ein Gegenvorschlag vor Volk gekommen. Der Gegenvorschlag wurde angenommen. Dabei waren federführend SP, EVP, Lehrerverbände, ZLV (*Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband*), der VPOD (*Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste*) Sektion Zürich und der Zürcher Schulleiterverband. Und welche Parteien bringen nun dieses Postulat ein? Ja, genau dieselben und neu auch noch die GLP. Damals wurde begründet, dass es qualitativ bessere Schule geben werde, wovon die Wirtschaft und die Gesellschaft profitiert, auch die Burnout-Rate könne bei Lehrpersonen so gesenkt werden. Mit der damaligen Abstimmung haben wir uns demnach einen riesigen Bärenienst erwiesen. Diese erwähnte Heterogenität hat primär mit der masslosen Zuwanderung zu tun und auch mit dem Unverständnis der Eltern. Zur Lösung wurden deshalb viele zusätzliche Angebote geschaffen, die greifen sollten. Mögen Sie sich noch an die letzte Bildungsdebatte erinnern und an die Anzahl dieser Fördermassnahmen? Ja genau, es sind 24 Fördermassnahmen, 24. Richtigerweise müsste hier SP-Kollegin Monika Wicki in den Ausstand treten, da sie dieses Postulat als Erstunterzeichnerin eingegeben hat. Dies ist zwar nicht der Grund, sondern, sie ist Professorin an der Hochschule für Heilpädagogik und dort für Special Needs educational Governance zuständig. Diese erforschen die Angebote und deren Wirksamkeit. Schmöcket Sie da Töff? Die SVP/EDU-Fraktion lehnt dieses Postulat ab. Danke.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Eigentlich hätte ich mein Votum anders starten wollen, nämlich, «das ist wohl einer der weniger tragischen Vorstösse aus diesem SP-Lehrerpaket». Nachdem ich nun aber das Votum der SP-Sprecherin gehört habe, sehe ich das anders, denn jetzt ist ganz klar, es geht nicht um Flexibilität, es geht einfach darum, weniger Kinder in einer Klasse zu beschulen, denn all die Systeme, die sie ausgeführt hat, die sind bereits möglich. Flexibilität in der Klassenzusammenstellung ist grundsätzlich etwas Gutes. Doch dazu hätte man eigentlich einfach die Forderung stellen können, die maximale Klassengröße um X zu vergrössern, denn solange die zugeteilten VZE (*Vollzeiteinheiten*) nicht ändern, hätte das Flexibilität gewährt. Um ein kleines Beispiel zu nennen: Haben wir einen Jahrgang mit 42 Primarschülern, dann kann ich also entweder zwei 21er-Klassen bilden oder nach dem gesetzlichen Rahmen eine 25er-Klasse und eine 17er-Klasse; das alles, ganz ohne den gesetzlichen Rahmen zu dehnen, denn als Schule erhalte ich ja, wie bereits erwähnt, einfach eine Anzahl VZE. Mit guter Begründung hätte ich sogar noch weitergehen können. Ich hätte eine 27er-Klasse und eine 15er-Klasse bilden können. Genau aufgrund dieser Flexibilität sind Modelle wie Kleingruppen und so weiter schon ein Stück weit möglich. Sobald also die Forderung nach tatsächlich mehr Flexibilität kommt, wäre die FDP mit dabei. Denn insbesondere, dass altersdurchmischte Klassen, die aus pädagogischer Überzeugung so geführt werden, weniger Kinder beschulen müssen als normale

Jahrgangsklassen, finden wir besonders störend. Die FDP überweist dieses Postulat nicht.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Die GLP hat diesen Vorstoss unterstützt oder mitunterzeichnet, mit der Idee, «mehr Freiheit und weniger Korsett für die Schulen». Die Schulen und die Gemeinden sollen damit befähigt werden, auf die lokalen Begebenheiten einzugehen. Heute ist das Korsett der Vollzeiteinheiten und der Klassengrössen sehr stark. Es ist eben nicht ganz so, wie meine Kollegin Raffaella Fehr vorhin gerade ausgeführt hat, dass man ungestraft einfach eine zu kleine Klasse einführen kann. Das hat mit Abstrichen dann bei den weiteren Ressourcen der Schule zu tun. Entsprechend ist das System heute extrem stark, nicht nur gegen oben, auch gegen unten. Wir wollen ein System, wo die Schulen Flexibilität haben. Je nach Klasse und Zusammensetzung, den Begebenheiten vor Ort, den Räumlichkeiten, der Verfügbarkeiten von Gruppenräumen kann an einem Ort ein System wunderbar funktionieren, an einem anderen Ort führt genau das zu einer Überlastung. Eine Klasse mit 25 Schülerinnen und Schüler kann an einem Ort absolut unproblematisch sein, in der anderen Gemeinde ist es ein Problem, weil schlicht und einfach die 25 Kinder schon im Schulraum kaum Platz finden. Wann diese Grenze erreicht ist, das wissen wir nicht am Schreibtisch, wenn wir eine feste Grösse festschreiben, sondern das wissen wir vor Ort. Die Behörden und die Schulleitungen vor Ort, die kennen ihre Lehrerinnen und Lehrer, die kennen ihre Schülerinnen und Schüler, die kennen das Schulhaus, die kennen die Begebenheiten; diese können auf diese Begebenheiten reagieren. Mit wenig Bürokratie soll also dieses Korsett geöffnet werden. Wir wollen, dass diese reine Zahl, die extrem geduldig und nicht aussagekräftig ist, verschwindet und wir Flexibilität bekommen.

Wir vertrauen den Schulleitungen und den Behörden, dass sie eben auf die Situation angemessen reagieren können. Entsprechend unterstützen wir diesen Vorstoss, auch wenn es nur in einem ganz kleinen Aspekt das Korsett öffnet, frei nach dem Motto «Lassen Sie uns heute diesem Korsett eine Schnur entnehmen und den Schulen etwas Luft zum Atmen geben».

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Der Bericht des Regierungsrates legt dar, dass die Schulleitung bereits heute Spielraum bei der Handhabung der Klassengrössen hat. Das ist natürlich richtig, um nur eine Möglichkeit zu nennen, wie man den Faktor «Klassengrösse» beeinflussen kann. Man fasst zum Beispiel therapeutische Ressourcen zusammen, was heisst, von zwei parallelen Klassen nimmt die eine alle sogenannten ISR-Kinder (*integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule*) auf, womit auch alle therapeutischen Massnahmen dort gebündelt sind. Die dadurch entlastete Parallelklasse kann dafür zwei bis drei Kinder ohne therapeutisches Setting aufnehmen.

Diese Art von Flexibilität löst jedoch das Problem nicht im Kern, nämlich, wenn es plötzlich sehr viele Schüler und Schülerinnen eines Jahrgangs gibt, sodass man an die obere Grenze der gesetzlich vorgeschriebenen Klassengrössen stösst.

Schulgemeinden im Kanton Zürich, in denen viele Familien mit tiefem Bildungsniveau, viele Kinder mit besonderen Bedürfnissen und viele Kinder mit Deutsch als Fremdsprache wohnen, sind sehr belastet. Das Mehr an Vollzeiteinheiten, das Gemeinden mit einem hohen Sozialindex zugesprochen wird, gleicht diese Belastung nicht vollständig aus. Hierzu ein Gedankenexperiment: Eine Gemeinde erhält eine zusätzliche Vollzeiteinheit, das heisst, eine 100-Prozent-Stelle mehr auf der Primarstufe. Not gibt es bei den Sechstklässlern; für zwei Klassen gibt es einfach zu viele Kinder, ergo, wir eröffnen mit dieser zusätzlichen Vollzeiteinheit eine Dritte 6. Klasse. Nun fehlt aber diese vergebene Vollzeiteinheit bei den tieferen Klassen. Darum müsste man jetzt zum Beispiel eine kleine zweite Klasse auflösen und all diese Schüler aus ihrem Klassenverband herausreissen, um sie auf die anderen Schulhäuser aufzuteilen – vom Protest der Eltern, die ihre Kinder plötzlich mit einem langen Schulweg konfrontiert sehen, ganz zu schweigen. In einer grösseren Gemeinde, wir haben sechs Schulhäuser in Schlieren, ist das natürlich eine Realität. Das sind die Alltagsprobleme einer schwer belasteten Schulgemeinde.

Die Postulantinnen haben recht: Bei einer grossen Heterogenität kann man schlicht keine Klassen bis zu maximal 25 Schülern bilden. Es braucht hier tatsächlich mehr Ressourcen, damit die Klassen in sehr belasteten Gemeinden kleiner gehalten werden können. Es ist natürlich ein schwaches Argument der Regierung, wenn sie anmerkt, es gebe ja die Möglichkeit von flexiblen sonderpädagogischen Angeboten. Das löst das Problem einer zu grossen heterogenen Klasse nicht grundlegend. Noch schwächer ist das Argument, man könne sich nicht nur auf die im Postulat erwähnte Studie abstützen. Diese eine Studie bestätigt ja genau, was Lehrpersonen und Schulleitungen schon lange aus der Praxis berichten, nämlich, dass Klassengrössen variabler gehandhabt werden sollten, als es das Volksschulgesetz vorschreibt. Wie viele Studien wären denn genug, um zu belegen, was die Erfahrung zeigt? Wir sind unseren Kindern verpflichtet, Schulgemeinden mit einem hohen Sozialindex brauchen mehr Entlastung. «MEflex» verspricht zum Thema Flexibilisierung gute Lösungsansätze. Diese Vorlage wurde uns aber schon lange versprochen und liegt noch immer nicht vor. Es gilt also, in diesem Thema endlich vorwärtszukommen. Darum unterstützen wir Grüne dieses Postulat.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Wir werden das Postulat nicht überweisen. Ja, die Klassen sind heute heterogener als früher. Das ist uns allen bewusst. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Reduzierung der Klassengrösse als die geeignete Lösung erachtet, um dieser Heterogenität zu begegnen. Und darauf zielt auch dieses Postulat ab. Es gibt aber verschiedene Studien, welche belegen, dass die Reduzierung der Klassengrösse nicht die erhoffte eierlegende Wollmilchsau ist. Eine Studie der Universität Zürich zeigt, dass vor allem mittlere Schülerinnen und Schüler von einer Reduzierung der Klassengrösse profitieren, die schwächeren weniger. Ich denke nicht, dass dies im Sinne der Postulanten ist. Auch John Hattie (*neuseeländischer Pädagoge*) stellt in seiner Metastudie «Visible Learning» fest, dass der im Vergleich geringe Effekt von kleineren Klassen

die damit verbundenen hohen Kosten nicht rechtfertigt. Verschiedene weitere Studien zeigen ausserdem, dass es andere Faktoren, wie zum Beispiel die Anpassung der Unterrichtsmethoden sind, auf die es ankommt. Wirksamer ist, dass die Ressourcen da eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden. Da erhoffen wir uns viel von dem zukünftigen Modell der Mittelzuteilung. Dies soll den Gemeinden vermehrt ermöglichen, dass sie einen grösseren Handlungsspielraum in der Organisation der schulischen Angebote haben, um zum Beispiel Mittel aus Fördermassnahmen in eine Regelklasse, in welcher sie benötigt werden, umzulagern. Und manchmal ist es auch sinnvoll, für eine Schülerin oder Schüler eine andere temporäre oder langfristige Lösung zu finden.

Die Gemeinden haben heute schon die Möglichkeit, unterschiedlich grosse Klassen zu bilden. Wir denken nicht, dass die Problematik der Heterogenität entschärft wird, wenn wir die Klassen noch kleiner machen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): In der Analyse geht der Regierungsrat mit uns Postulatseinreichenden einig: Schulklassen sind heute heterogener zusammengesetzt als noch vor 20 Jahren, und die Heterogenität stellt die Schulen vor grosse Herausforderungen. Die Regierung ist zudem der Meinung, dass bereits heute die Möglichkeit bestehe, innerhalb einer Gemeinde unterschiedlich grosse Klassen zu bilden und damit die Zusammensetzung und die Situation einer Klasse zu berücksichtigen. Aus unserer Sicht ist aber der Spielraum der Schulen für die Bewältigung mancher Klassensituationen zu klein. Ich bin daher sehr froh, dass die Bildungsdirektion im Rahmen des Projektes «MEflex, Mitteleinsatz flexibel gestalten», den Schulen künftig einen grösseren Handlungsspielraum in der Organisation der schulischen Angebote eröffnen will. In diesem Sinne besteht die Aussicht, dass das Projekt «MEflex» das Anliegen dieses Vorstosses aufnimmt, und das hoffentlich bald. Die EVP sagt Ja zu diesem Postulat.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird auch dieses Postulat mit überweisen. Mehr Flexibilität bei Klassengrössen ist ein Hebel von vielen, mit denen wir den Schulbetrieb verbessern, der Überlastung vorbeugen und die Chancengerechtigkeit erhöhen können. Die Heterogenität von Klassen ist eine direkte Folge von mehr Chancengerechtigkeit, und auch – oder gerade, weil diese von liberaler Seite unter Beschuss steht – gilt es, sie zu verteidigen und zu fördern. Wie schon richtig gesagt wurde, das Korsett der Vorgaben über die Klassengrössen sitzt zu eng. Es geht ja explizit nicht nur um kleinere Klassen, wie behauptet wurde, sondern um eine flexible Gestaltung von zum Beispiel auch grösseren Klassen mit mehreren Lehrpersonen.

Es gilt jetzt vorwärtszumachen und den Schulen und den Lehrpersonen alle möglichen Hebel in die Hand zu geben, um ein für alle Beteiligten ein möglichst gutes Schul- und Lernklima bieten zu können. Wir überweisen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ja, Schulklassen sind heute oft heterogener zusammengesetzt als noch vor 20 Jahren. Diese Heterogenität kann die Schulen vor Herausforderungen stellen. Ausgehend von einer einzelnen Studie, die Vorgaben

zur Klassengrösse anzupassen, erachte ich aber nicht als zielführend. Bereits heute besteht die Möglichkeit, innerhalb einer Gemeinde unterschiedlich grosse Klassen zu bilden, um die Zusammensetzung der Klasse zu steuern. Der Kanton weist den Gemeinden lediglich die Vollzeiteinheiten zu. Die Gemeinden legen in einem Stellenplan die Aufteilung der Vollzeiteinheiten auf die Abteilungen und Klassen fest. Die gesetzlichen Vorgaben zu den Klassengrössen sind damit heute schon ausreichend flexibilisiert.

Meine Damen und Herren, seien Sie nicht naiv, wenn wir jetzt hier die Klassengrössen, so wie es die Postulanten wünschen, flexibilisieren, kommt unweigerlich dann der Wunsch der Gemeinden nach verbindlichen Vorgaben. Wir müssen bei dieser Frage auch im Auge behalten, dass wir insgesamt im Kanton in Bezug auf die Klassengrössen eine gewisse Einheitlichkeit anstreben müssen. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, das Postulat abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 294/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.